

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 595

Mittwoch, 18. November 2015

22. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die Familie Guerra: Profite durch die Nähe zum Staat.....	1
Der achte Arbeitsbericht der CICIG.....	4
Haushalt 2016: 2 Milliarden Quetzales weniger Schulden?.....	4
Ökommesse in Sololá.....	5
Gesetzesreform Heiratsmindestalter.....	5
Ex-Vizepräsidentin: vom Gefängnis in Privatkrankenhaus.....	5
Forderung nach Baustopp des Staudamms in Barrillas.....	6
CPO: „Kriminalisierung der GemeindeführerInnen als Regierungsstrategie“.....	6
Norwegische Botschaft verlässt Guatemala.....	7

Die Familie Guerra: Profite durch die Nähe zum Staat

In 16 Jahren hat die Familie Guerra fast 1,5 Milliarden Quetzales (gerundet 177 Millionen €) bei Infrastrukturprojekten des Staates verdient. Die Baufirmen dieser Familie und jenen Personen, die mit ihnen verhandelt sind, wurden von der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG) als illegales politisch-ökonomisches Netzwerk qualifiziert. Dieses Netzwerk hat sich unter drei Regierungen und mit Hilfe verschiedener politischer Parteien entwickelt und es hat sich in verschiedenen Stadtkreisen, Ministerien und Kongressfraktionen ausgebreitet. Die Familie Guerra stellt ein sehr gutes Beispiel für das symbiotische Verhältnis zwischen PolitikerInnen und den Bauunternehmen dar.

Für die ¡Fijáte!-Redaktion ist die Reportage von Carolina Gamazo und Bill Barreto, die im Plaza Pública vom 9. November 2015 erschienen ist, eine Illustration dessen, was in den CICIG-Berichten steht. Die Redaktion musste den Text sehr stark kürzen. Wer das Original lesen will, der findet die Reportage und das sehr anschauliche Schaubild unter <http://www.plazapublica.com.gt/content/los-guerra-otra-fortuna-construida-con-los-negocios-del-estado>.

(...) Am 17. Juli 2015 präsentierten die CICIG und die Staatsanwaltschaft (MP) einen Bericht über die illegale Finanzierung der politischen Parteien. Der Leiter der CICIG, Iván Velásquez, sagte, dass 50% der Parteieinnahmen von Bauunternehmen stammen, die staatliche Aufträge erhalten, 25 % aus der organisierten Kriminalität und die übrigen 25 % von anderen Unternehmensgruppen und individuellen SpenderInnen. (...) In diesem Bericht, wird die Familie Guerra als ein Beispiel für solch ein Netzwerk beschrieben, etwa dass sie enge Beziehungen zu politischen Parteien unterhält, aber auch zu Byron Berganza, den die USA für einen Drogenhändler hält. CICIG zitiert auch eine Reportage von Asier Andrés, den die Zeitung *elPeriódico* 2012 veröffentlichte und in dem 14 Unternehmen aufgezählt werden, die mit der Familie Guerra in Verbindung stehen. Die Bauunternehmen der Familie wurden als Finanziers der Patriotischen Partei (PP) sowie von LIDER angezeigt. Die Abgeordneten der UNE, Carlos Barreda und Orlando Blanco, erklärten während der ersten Wahlkampagne, dass sieben Unternehmen der Familie Guerra bei Aufträgen bevorzugt wurden, als die PP-

Regierung mit dem Kandidaten von LIDER, Manuel Baldizón, verhandelte. Was die beiden jedoch nicht sagten, war, dass vier von diesen ebenfalls unter der Regierung von UNE (2008-2012) begünstigt worden waren. Auch wenn der Bericht von der CICIG strafrechtlich nicht relevant war, war der Sachverhalt Ausgangspunkt für staatsanwaltliche Ermittlungen. Die Sprecherin der MP, Julia Barrera, erklärte, dass bei den Staatsanwaltschaften gegen die Straffreiheit, gegen die Geldwäsche, gegen Wahlkampfverfehlungen und gegen den Drogenhandel 19 Ermittlungsverfahren anhängig seien. Davon richtete sich jedoch keines gegen die Familie Guerra.

Unternehmen und Allianzen in Familienhand

José Rodolfo Guerra Díaz, der Patriarch der Familie, ist 63 Jahre alt und stammt aus Camotán, Departement Chiquimula. Er begann seine geschäftlichen Aktivitäten im Petén in den 1980er Jahren. Später begründete er gemeinsam mit seinen Söhnen Carlos Gabriel und Wilder Ronaldo Guerra Villeda ein Netz aus Baufirmen und Personen aus verschiedenen staatlichen Institutionen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NROn), die mit Planungen auf Stadtkreisebene befasst waren, um Aufträge zu requirieren. Am Beginn stand **Constructora Petén**, die von José Rodolfo Guerra Díaz 1996 in Santa Elena, Departement Petén gegründet wurde. Ein Jahr später kam **Constructora del Atlántico** hinzu, die nominell Carlos Gabriel Guerra Villeda gehör. Er erschien auch als Anteilseigner einer dritten Firma namens **Constructora y Desarrolladora Monte Alto, S.A.**, (...), an der Nasser Youssef Nasser Sanabria beteiligt ist. Er ist seit Januar 2012 der Gatte von Jennymari Berganza Roque, Tochter des mutmasslichen Drogenhändlers Byron Alcides Berganza Espino, der im Osten Guatemalas seinen Geschäften nachgeht. Am selben Tag wie Monte Alto (...) wurde schliesslich die vierte Bau-firma ins Leben gerufen: **Constructores Asociados de Guatemala**, die auf den Namen von Wilder Antonio Chan Salas läuft, einem Angestellten von **Constructora Petén**, so sagt es das Register des Verkehrsministeriums. Damit ist ein Netzwerk entstanden, mit dem Dutzende von Staatsaufträgen ergattert worden sind, mit dem die Profite und die Macht gemehrt wurde und die Allianzen erweitert (siehe die Infografik http://www.plazapublica.com.gt/sites/default/files/red_constructoras.svg).

Wettbewerb unter Verwandten

2014 erhielt **Innovaciones Constructivas** (gegründet im Dezember 2012) einen Vertrag über 10 Mio. Q (1.2 Mio. €) für die Ausbaggerung des Flusses Bravo in Suchitepéquez, ausgestellt von dem Sozialfonds der Solidarität (FSS), die diesen Auftrag vergab, obwohl **Innovaciones Constructivas** über keinerlei Erfahrung mit Staatsverträgen verfügte. Die anderen drei Wettbewerber waren **Constructores Asociados de Guatemala** (im Namen des Angestellten von **Constructora Petén**, Chan Salas, und **Construcciones de Guatemala**, die Firma von Wilder Guerra Villeda, und Carlos Gabriel Guerra Villeda, der jedoch das Angebot zurückzog. Zu den Geschäften der Familie Guerra gesellten sich die Baufirmen von drei Brüdern: Adrián Antonio, Hugo Leonel und Pedro Antonio Barillas Solares, Eigentümer von **Transportes y Constructora Barillas**, **Transportes y Constructoras Solares** und **Constructora Petén Itza**. Die drei Unternehmen wurden in den 1990er Jahren gegründet, realisierten ohne Unterlass Bauaufträge und teilten sich das Personal mit **Constructora Petén**. Damit gab es 12 Bauunternehmen, die von den 624 in den letzten elf Jahren von Guatecompras registrierten Bauaufträgen als einzige Mitbewerber in 162 Ausschreibungen und als einzige Anbieter in 264 Fällen auftraten. Das heisst, dass es nur 200 Ausschreibungen gab, in denen sie mit Unternehmen in Konkurrenz standen, die nicht dem Netzwerk angehörten. Auch wenn damit zunächst mal kein Gesetz verletzt wird, so bleibt doch die Tatsache, dass in 80 % der Ausschreibungen, an denen sich die Firmen der Guerra oder die mit ihnen zusammenarbeitenden Unternehmen beteiligten, sie entweder die einzigen Anbieter waren oder nur untereinander konkurrierten. In den Berichten des Rechnungshofes werden diese Details und die Rolle der Baufirmen nicht angesprochen, obwohl es Befunde über Unregelmässigkeiten in vielen Bauaufträgen in den Stadtkreisen gibt. Wie ExpertInnen der Abteilung für staatliche Bauaufträge des Finanzministeriums zugeben, beziehen sich diese Berichte auf die Stadtkreise, aber nicht auf die beteiligten Unternehmen. Die drei Auftraggeber der Familie Guerra sind Stadtkreise, NROn und die Zentralregierung. Im Falle der Stadtkreise sind vor allem die im Departement Petén gemeint, in denen sie tausende kleine Aufträge von den Entwicklungsräten (CODEDES) und dem Fonds für wirtschaftliche Entwicklung (FONPETROL) im Wert von 292 Mio. Q (34,5 Mio. €) erhielten. Der Weg über NROn, die öffentliche Bauaufträge übernehmen, entwickelte sich während der Regierung der UNE, als die Zentralregierung wenige, aber lukrative Aufträge über die Exekutiveinheit zur Strassenerhaltung (CONVIAL) des Verkehrsministeriums vermittelte. Dieses wurde von der PP-Regierung fortgesetzt, die Mittel aus dem FSS für diese Zwecke nutzte. (...)

Die NRO-isierung der Korruption: Abgeordnete, BürgermeisterInnen und die Familie Guerra

Zu den wichtigsten Knotenpunkten des Netzwerkes gehören die NROn, die zwischen 2004 und 2012 Aufträge in der Grauzone vermittelten. Ihr Einfluss stieg im ersten Jahr der Regierung von UNE; als Manuel Baldizón, ein junger und ambitionierter Abgeordneter aus dem Petén mit Präsidentschaftsaussichten, damals Vorsitzender im Finanzausschuss des Kongresses, die Annahme des Haushaltes durchsetzte, in dem die Auftragszuweisung an diese Organisationen begünstigt wurde. Im Haushalt von 2009 konnten NROn Projekte zentraler Institutionen, etwa des Verkehrsministeriums, ausführen, aber auch von dezentralen Institutionen, etwa auf Stadtkreisebene. Und zwar durch eine einfache Unterzeichnung einer Vereinbarung. Die Unternehmen der Familie Guerra erhielten zwischen 2004 und 2012 Aufträge von 22 NROn im Wert von fast 300 Mio. Q (35 Mio. €). Aus den NROn stach die Vereinigung für integrale Entwicklung im Petén (ADIPET) hervor, die von den zwischen 2008 und 2010 ausgeschriebenen Aufträgen in Höhe von 155 Mio. Q (18

Mio. €) 56 % an das Netzwerk von Guerra vergab. Das war kein Zufall, denn es gibt enge Beziehungen zwischen ADIPET und Guerra sowie Staatsbediensteten, und zwar vermittelt durch zwei Personen: Luis Arturo Acevedo Castellanos, Vorstand von ADIPET und gleichzeitig Buchhalter bei **Constructora Petén**. Ein weiteres Mitglied von ADIPET ist der Ehemann der Tochter von José Guerra, (...) und die Vizepräsidentin war [Deysi Emilsa Hichos Posadas](#), die Nichte des bekannten und aktuell wegen Korruption Angeklagten Baudilio Hichos (...).

Die zweite NRO, die viele Aufträge dem Netzwerk von Guerra zuschanzte, ist die Organisation für eine soziale integrale Entwicklung (DSI): Zwischen 2009 und 2011 vergab sie an Guerra immerhin ein knappes Drittel ihrer Aufträge in Höhe von 304 Mio. Q (36 Mio. €). Auch zwischen deren Mitgliedern und einigen Angestellten in den Planungsabteilungen der Stadtkreise im Petén bestanden enge Beziehungen: Zum Beispiel Hansell Iovany Madrid Ríos, Vorstand der DSI, arbeitete zwischen 2003 und 2010 im Planungsbüro in San Benito, Departement Petén und leitete dieses, als er gleichzeitig Vorstand von der DSI war. Als die PP 2012 die Stadt Flores übernahm, wechselte Madrid in die Planungsabteilung beim PP-Bürgermeister Edgar Armando Aragón Gonzáles. Dazu gesellten sich dann drei weitere führende Mitglieder anderer NROn, die Guerra Aufträge zuerkannten. (...) So erhielten die Firmen von Guerra allein im Jahr 2012 Aufträge der Stadt Flores in Höhe von 7 Mio. Quetzales (828.000 €). (...) bis 2015 weitere 14 in Höhe von insgesamt über 27 Mio. Q (über 3 Mio. €). (...) Das benachbarte San Benito vergab an die Familie Guerra Aufträge in Höhe von 106 Mio. Q (12,5 Mio. €), (...) weitere Städte waren La Libertad, Dolores, San José, El Chal und Las Cruces (alle im Departement Petén) sowie Guastatoya (Departement El Progreso) und Guazacapán (Departement Santa Rosa).

Die UNE, Baldizón und die Familie Guerra

„Wer in Ihrer Regierung trieb eigentlich die Nutzung von NROn voran?“, wurde kürzlich der Ex-Präsident Álvaro Colom gefragt. Dieser konnte sich nicht daran erinnern, wer genau diese Idee hatte. „Ich weiss nicht, wie ich das erklären soll, aber diese ganze Sache mit den NROn und Baufirmen überkam uns wie ein Tsunami, mit dem ich nicht gerechnet hatte, bis der eine Fall aufkam – wie es kürzlich mit ‚Der Linie‘ war“, sagte Colom und wies jegliche Verantwortung von sich. „Was ich Ihnen wohl sagen kann, ist, dass es keine Entscheidung des Kabinetts oder des Präsidenten war, sondern dass es die der Institutionen war“, versicherte er. In der Regierungszeit der UNE nahmen die Auftragsvergaben an Guerra zu. Was wusste Colom davon, wurde er gefragt. (...) Als wir 2008 begannen, diese Netzwerke von Bauunternehmen zu untersuchen, schien alles legal zu sein, es gab keinerlei Beweise, aber trotzdem weiss man, (...) dass da irgendwas komisch ist, weil die Angebote sich ähneln, weil die selben Unternehmen untereinander konkurrieren. Die Unternehmen haben seit geraumer Zeit die CODEDES, die Rathäuser für sich eingenommen, wenn diese ihre Investitionen tätigen. Wenn man sich diese so positive Bewegung gegen die Korruption anschaut, so spricht diese wenig über die CODEDES und die Rathäuser, aber dort liegt das Geld, das zum Fenster heraus geworfen wurde“, sagt der Ex-Präsident.

Manuel Baldizón erkannte am besten diese Dynamik. (...) Kurz bevor er 2008 die UNE verliess, erreichte er als Vorsitzender des Finanzausschusses einen Anstieg der Mittel des Verkehrsministeriums um fast 1 Mrd. Q (118 Mio. €), (...) von denen mehr als die Hälfte an FONAPAZ (inzwischen wegen Korruption geschlossen) und der Rest an NROn und CODEDES gingen. Zudem wurden Veränderungen bei der geographischen Verteilung der Aufträge vorgenommen, die 1,2 Milliarden Q (145 Mio. €) betrafen und die vor allem dem Departement Petén zu Gute kamen. Auch das Gesetz über FONPETROL konnte er so verändern, dass mehr Gelder Richtung Petén, Alta Verapaz und Izabal flossen: 2009 waren es 560 Mio. Q (68 Mio. €), 2013 sogar 1 Mrd. Q (118 Mio. €).

Die Geschäfte mit der Regierung der PP

Die PP-Regierung begann mit einer überwältigenden parlamentarischen Mehrheit, die ihr im ersten Jahr einen auf sie zugeschnittenen Haushalt bescherte. In der Legislaturperiode 2012-16 einigten sich PP und LIDER über die Haushaltspläne für 2013 und 2015. Obwohl der damalige Präsident Otto Pérez Molina zu Beginn seiner Amtszeit die Nutzung von NROn verbot, bekam das Netzwerk der Familie Guerra noch mehr Aufträge – zwischen 2012 und 2015 im Wert von 836 Mio. Q (101 Mio. €). Auch wenn viele dieser Aufträge auf Stadtkreisebene vergeben wurde, kamen die lukrativsten von der nationalen Exekutive, insbesondere vom Verkehrsministerium, aber auch vom Institut für die Förderung der Stadtkreise (INFOM). (...) Das grösste Stück bekam die Familie Guerra jedoch vom FSS (Nachfolger von FONAPAZ), insgesamt für 430 Mio. Q (52 Mio. €). Dazu gehörten etwa der Bau einer Strasse in den Nationalpark Yaxhá oder die Ausbaggerungen von Flüssen in den Departements Chimaltenango, Escuintla, Jutiapa, Retalhuleu, Santa Rosa, Sololá, Suchitepéquez und Petén. Auch hier traten die verschiedenen Unternehmen der Guerra und deren Umfeld untereinander in den Wettbewerb. Der PP-Verkehrsminister Alejandro Sinibaldi verschwand von der politischen Bühne, nachdem CICIG das betrügerische Netzwerk ‚Die Linie‘ aufdeckte und bevor CICIG-Leiter Velásquez ankündigte, dass die Posten der Verkehrsprojekte die nächsten Objekte ihrer Ermittlungen und Festnahmen sein würden. (...) Solche Netzwerke wie die der Familie Guerra sind nichts Neues im politischen System Guatemalas, sie sichern deren Funkzionieren. Die Dezentralisierung der Mittelvergabe erlaubte auch die Dezentralisierung der Parteien- und Wahlkampffinanzierung. Was war zuerst – die Henne oder das Ei? Die UnternehmerInnen, die den Wahlkampf finanzieren oder die Caudillos, die öffentliche Aufträge gegen Parteifinanzierung eintauschen? Letztlich macht es keinen Unterschied, ob es um die Verhandlung zur Anhäufung von politischer Macht oder um die Anhäufung von Macht zur Geschäftemacherei geht. Henne oder Ei?

(Die meisten der Familie Guerra sowie weitere in das Netz verwickelten Personen waren nicht bereit, mit den Journa-

listInnen zu sprechen. Einige haben die Zusammenhänge eingeräumt. Wer genau, kann in dem Originaltext nachgelesen werden. d. Red.]

Der achte Arbeitsbericht der CICIG

Guatemala 13. Nov. Die Internationale Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG) stellte am Freitag seinen achten Arbeitsbericht vor. Darin hob sie insbesondere die Ermittlungen und Zerschlagung von mehr als einem Dutzend krimineller Strukturen hervor, welche in dem Staat operierten. Der Vorsitzende der CICIG, Iván Velásquez, erklärte, dass zwischen August 2014 und August 2015 gegen 21 illegale Organisationen bzw. geheime Sicherheitsapparate ermittelt wurde, darunter das Zollbetrugsnetzwerk, das unter dem Namen ‚Die Linie‘ bekannt wurde und in dem die Regierungschefs Otto Pérez Molina und Roxana Baldetti mutmasslich involviert waren. Weiterhin konnten die korrupten Strukturen innerhalb des Guatemalteckischen Instituts für Soziale Sicherheit (IGSS) entdeckt und hohe Funktionäre, darunter der Präsident des Vorstandes, Juan de Dios Rodríguez, vor Gericht gestellt werden konnten. Gleiches gilt für die sog. „Kanzlei der Straffreiheit“, bei der eigene AnwältInnen mit Funktionären der Justizorgane Erleichterungen für deren MandantInnen aushandelten. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 184 Personen aufgrund verschiedener Delikte angezeigt, 183 davon auch vor Gericht gestellt. Gegen 20 Personen, insbesondere Kongressabgeordnete, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Velásquez stellte fest, dass die Anstrengungen der CICIG und der Staatsanwaltschaft (MP) ohne Rechtsreformen und eine grössere finanzielle Investition in den Justizsektor nur einmalige Erfolge sein werden. Mit den gegenwärtigen Bedingungen des Justizsystems sei es nicht möglich, erfolgreich gegen die Straffreiheit im Lande vorzugehen, sagte Velásquez. Er konkretisierte das, indem er auf die dringlichen Reformen des Gesetzes über zivile Dienstleistungen, des Gesetzes über Einsprüche und Ermittlungsverfahren oder das Gesetz über die Organe der Staatsanwaltschaft einging. Die Oberstaatsanwältin Thelma Aldana hob hervor, dass während des Jahres 2015 ein grosser Fortschritt im Kampf gegen die Straffreiheit in Guatemala erreicht worden sei und dass die Arbeit der CICIG sehr viel zur Entwicklung eines Rechtsstaates beigetragen habe.

Bei der Vorstellung des CICIG-Berichts brachte Iván Velásquez ausserdem - einen in manchen Kreisen sicher provokanten - Vorschlag zur Finanzierung des Justizsektors vor, nämlich eine Steuer speziell auf hohe Einkommen. Dieser Vorschlag wurde von verschiedenen Personen kommentiert. Noch bei der Präsentation des Berichts sagte etwa die Oberste Staatsanwältin, dass dieser Vorschlag durchaus diskussionswürdig sei; wenn dies nicht durchsetzbar sei, müssten andere Wege gefunden werden, um die Staatsanwaltschaft zu stärken, denn schliesslich sei diese nur in 10 Prozent der 340 Stadtkreise überhaupt präsent. Bis 2019 sollten 108 neue Staatsanwaltschaften geschaffen werden, wozu eben Geldmittel notwendig seien. Zu dem konkreten Vorschlag von Iván Velásquez kommentierte der deutsche Botschafter in Guatemala, Matthias Sonn, „dass der Justizsektor ganz offensichtlich unterfinanziert ist und dass das schädlich ist, weil dadurch die Straffreiheit erst ermöglicht wird. Daher müssen Mechanismen gefunden werden, die mehr Mittel für das Justizsystem generierten.“ Der Repräsentant des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Guatemala, Alberto Brunori, sagte, dass der Vorschlag von Velásquez sehr wohl überlegenswert sei, weil damit ein Weg für die Reform des Steuersystems aufgezeigt werde. Denn so, wie es aktuell sei, würde das Zusammentragen von Ressourcen zur Lösung von Problemen (wie etwa die mangelnde Ernährung der Bevölkerung) erschwert. Daher freue es ihn, wenn eine offene Debatte darüber entstehen würde. Jimmy Morales, der gewählte, aber noch nicht amtierende Präsident, sagte dazu nur, dass „wir noch nicht über neue Steuern nachgedacht haben, aber wir müssen die Steuermoral wiederherstellen und so die Korruption bekämpfen.“ Der US-Botschafter Todd Robinson antwortete auf die Frage, wie er die Ablehnung des Vorschlages durch den Unternehmerverband sah, lediglich, dass die Justizinstitutionen gestärkt werden müssten. (LH)

Haushalt 2016: 2 Milliarden Quetzales weniger Schulden?

Guatemala-Stadt, 13. Nov. Wenn es nach dem Finanzausschuss des Kongresses ginge, dann soll der erste Haushalt 2016, mit dem die neue Regierung von Jimmy Morales arbeiten muss, 2,2 Milliarden Quetzales (260 Mio. €) weniger Geld ausgeben als es der Haushaltsplan des Finanzministeriums vorsah. Das Ministerium hatte Ausgaben in Höhe von 72,4 Milliarden Quetzales (8.6 Mrd. €) vorgeschlagen. Der Ausschuss sieht die Kürzung als Schuldenabbau. Die Vorsitzenden des Ausschusses, Leonardo Camey (LIDER), Juan José Porras (VIVA) und Álvaro González Ricci (CREO) erklärten, dass überflüssige Ausgaben eingestellt werden sollten, etwa Reiseproviant für die AuslandsrepräsentantInnen, Kunden- und Protokolldienste oder auch Informationsversand. Zugleich werden institutionelle Kürzungen im Sekretariat für soziale Kommunikation im Verkehrsministerium, bei der Stiftung für Soziale Entwicklung und Wohnungsbau, in den Präsidialkommissionen für die Koordinierung der politischen Exekutive sowie für Transparenz oder bei Menschenrechtsarbeit und im Innenministerium sowie bei dem Saatgut-Programm des Agrarministeriums vorgeschlagen. Die Kürzungen würden, so Ricci, der Höhe der öffentlichen Schulden entsprechen. Allerdings wurde der Entwurf der drei

Ausschussvorsitzenden nicht auf der Ausschusssitzung selbst diskutiert, da die Mehrheit der Mitglieder nicht der vom Vorsitzenden Camey einberufenen Sitzung folgte. Dieser erklärte die Sitzung dann als permanent, was wiederum seine beiden Kollegen störte. Die Abgeordnete von EG, Nineth Montenegro, erklärte, dass ein um 2 Milliarden Quetzales gekürzter Haushaltsentwurf das Risiko in sich berge, dass sie Einsprüche vieler Personen provoziere, da über den Entwurf weder in den Ausschüssen noch im Plenum befunden wurde. (LH)

Ökomesse in Sololá

Sololá, 11. Nov. In der Hauptstadt von Sololá fand eine Ökomesse statt, an der verschiedene Frauenorganisationen teilgenommen haben, die ihre Produkte ausstellten. Die Messe wurde von der Hilfsorganisation „Ceiba“ gefördert, um die lokale Produktion, insbesondere den Verkauf von Produkten, die von Frauenorganisationen hergestellt werden, zu verbessern. Basilio Choy Crijalbal von Ceiba sagte, dass diese Messe bereits seit einigen Jahren jährlich stattfindet. In diesem Jahr haben auch Delegationen aus den Departements Alta und Baja Verapaz, Retalhuleu, Suchitepéquez, Huehuetenango und Chimaltenango teilgenommen, insgesamt 30 ProduzentInnen seien vertreten gewesen, und stellten Kleidung bis hin zu Ökodünger vor. Von diesen Produkten sowie den Workshops, der technischen Hilfe und anderen Massnahmen zur Qualitätsverbesserung würden etwa 500.000 Personen in den sieben genannten Departments profitieren. Iris Calleja sieht in der Messe eine Möglichkeit für Frauen- und BäuerInnenorganisationen, um zur lokalen Wirtschaft beizutragen. Ähnlich sieht das auch die Führerin einer Frauenorganisation, Felisa Torres, die daher auch fordert, dass solche Aktivitäten mehr und über einen längeren Zeitraum gezielt von den lokalen Autoritäten gefördert werden müssten.

Gesetzesreform Heiratsmindestalter

Guatemala, 09. Nov. Der Kongress Guatemalas beschloss mit nationaler Dringlichkeit die Initiative 4647. Damit wurde das Zivilrecht geändert und das Mindestalter, das zur Heirat befähigt, auf 18 Jahre für Frauen und Männer heraufgesetzt. Bis dahin erlaubte das Gesetz in Artikel 81, dass die Volljährigkeit „die Tauglichkeit zum Heiraten bestimmt“. Allerdings wurde in einem zweiten Teil des Artikels festgelegt, dass ein Mann mit 16 Jahren und eine Frau mit 14 Jahren heiratsfähig sind, wenn die Erlaubnis der Eltern oder gesetzlichen VertreterInnen vorhanden war. Trotz dieser Reform erhielten die Abgeordneten im Dekret 8-2015 die Möglichkeit, in begründeten Ausnahmefällen durch einen Richter eine Heirat von Minderjährigen im Alter von 16 Jahren zu autorisieren. Artikel 83 des Zivilcodes bestimmte vor der jetzigen Reform, dass „wenn es nicht möglich ist, die gemeinsame Erlaubnis von Vater und Mutter zu bekommen (...), die Erlaubnis von einem der Elternteile ausreicht, wenn keiner sie geben kann, tut dies der/die RichterIn der ersten Instanz des Wohnbezirks des/der Minderjährigen.“ Die Initiative 4647 zielte ebenfalls auf die Abänderung des Strafrechts ab, denn es sollte erreicht werden, dass das Verbot, sexuelle Beziehungen mit Minderjährigen zu haben, von 16 auf 14 Jahre hinab gesetzt würde, aber die Abgeordneten konnten sich über diesen Punkt nicht einigen.

Hilda Morales, stellvertretende Prokuratorin des Büros des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) begrüßte die Gesetzesreform, da damit vor allem den Mädchen und Jugendlichen, die am häufigsten von Kinderheiraten betroffen sind, ein Recht zugesprochen werde, ein altersgerechtes Leben zu führen. Gleichzeitig, so Morales, würde nationales Recht den internationalen Übereinkommen bezüglich der Rechte von Kindern, Jugendlichen und Frauen angeglichen. „Wir fordern die Institutionen und Eltern auf, dieses Dekret anzuerkennen und anzuwenden“, sagte das PDH. (CEG)

Ex-Vizepräsidentin: vom Gefängnis in Privatkrankenhaus

Guatemala, 09 Nov. Der Gerichtsvorsitzende Miguel Ángel Gálvez autorisierte die Verlegung von Roxana Baldetti aus dem Frauengefängnis Santa Teresa in ein Krankenhaus der Zone 4 in Mixco. In einer Anhörung, beantragt von Baldettis Verteidiger, Mario Cano Gutiérrez, an der auch VertreterInnen der Staatsanwaltschaft und der CICIG teilnahmen, wurde diese Anordnung entschieden. Während dieser Anhörung zeigten ein Arzt des Nationalen Instituts für forensische Wissenschaften (INACIF) und der Hausarzt der Ex-Vizepräsidentin auf, dass die Notwendigkeit bestehe, ein Katheder in Baldettis Brust auszutauschen. Diese Art von Operation könne nicht ambulant im Gefängnis durchgeführt werden, so die Ärzte. Gleichzeitig sollen verschiedene Untersuchungen bei Baldetti durchgeführt werden, da sie in letzter Zeit einige Krankheitssymptome gezeigt hätte, die auf eine bakterielle Endokarditis hinweisen, also eine Entzündung der Herzklappen. Ihr Hausarzt gab an, dass Baldetti in letzter Zeit „mehrere Fieberschübe zwischen 38 und 39 Grad durchmachte“, was auf die vermutete Krankheit hinweise. Der Vertreter von INACIF wies ausserdem auf Darmprobleme der Ex-Vizepräsidentin hin, die eine Folge einer Operation zur Gewichtsverminderung aufgrund krankhafter Fettsucht sein

könnten. Zur Erinnerung, Baldetti befindet sich in Untersuchungshaft wegen ihrer mutmasslichen Beteiligung im Zollbetrugsnetzwerk 'Die Linie'. Für den 16. November wurde angeordnet, dass ein Arzt des INACIFs und der Hausarzt einen Bericht über den Gesundheitszustand von Baldetti einzureichen haben. Über die Dauer des Aufenthalts Baldettis in der medizinischen Einrichtung wird der behandelnde Arzt entschieden. (EP)

Forderung nach Baustopp des Staudamms in Barrillas

Guatemala, 06. Nov. Am 5. November begann eine Kampagne in Madrid, Spanien, mit dem Ziel das Staudammprojekt in Barillas, Departement Huehuetenango zu stoppen. Das Projekt steht unter der Leitung des spanischen Unternehmens Ecoener-Hidralia. Organisiert wird die Kampagne von der Allianz für Solidarität, der Freunde der Erde und der Vereinigung der Frauen von Guatemala.

Bedingt durch den Bau des Wasserwerks kam es in der Vergangenheit zu Demonstrationen und zu Strafanzeigen gegen UmweltaktivistInnen aus der Region. Laut Informationen auf der Webseite der Alianza por la Solidaridad hat das Bauprojekt einen schwerwiegenden sozialen Konflikt im Stadtkreis ausgelöst. Es leben dort 130.000 Personen und die grosse Mehrheit ist gegen das Stauwerk in dem indigenen Territorium. Das Projekt der galizischen Firma Ecoener-Hidralia begann 2008 und seit Beginn waren die indigenen Völker Q'anjob'a, Chuj, Akateko, Popti' aus Barillas gegen den Bau des Staudamms des Flusses Canbalam. Die hydroelektrische Zentrale würde das Wasser des Canbalams nutzen, was das traditionelle Wassernutzungsrecht der AnwohnerInnen der Zone einschränkte. Gleichzeitig bringe der Bau und der Betrieb eine grosse Umweltbelastungen mit sich: Erdumwälzungen, Überschwemmungen einer weiten Zone, verringerte Biodiversität und Zerstörung heiliger Stätten.

Seitdem das Projekt Hidro Santa Cruz in die Zone kam, hat der Konflikt zu grossen Menschenrechtsverletzungen geführt: Mord, Entführung, Bedrohung, Aggressionen gegen Frauen, Verhaftungen von GemeindeanführerInnen. Die Situation führte dazu, dass der damalige Präsident einen Ausnahmezustand ausrief, der 18 Tage andauerte. Ende 2012 gab es Anzeichen, dass Ecoener-Hidralia sich aufgrund der Konflikte aus Barillas zurückziehen wollte, das bewahrheitete sich jedoch nicht. Das Projekt geht weiter. Im Mai 2015 wurden zwei GemeindeanführerInnen, die gegen das Stauwerk protestierten, zu 33 Jahren Gefängnis verurteilt - für Delikte, die sie, wie sie versichern, nicht begangen haben.

Alianza por la Solidaridad hat den Fall in ihre Kampagne TieRRRa aufgenommen. Mit TieRRRa soll erreicht werden, dass die Investitionen im Ausland nicht nur Rentabel sind, sondern auch Responsable (verantwortungsvoll) mit den natürlichen Ressourcen und den Menschenrechten umgehen. Die Organisation Friends of the Earth engagiert sich seit Jahren gegen Hidro Santa Cruz, da das Projekt die Lebensumstände in den betroffenen Gemeinden nicht verbessert habe: keine Arbeitsplätze, keine Dienstleistungen, keine Sozialleistungen oder Umweltverbesserungen, aber soziale und juristische Konflikte. (AC)

CPO: „Kriminalisierung der GemeindeanführerInnen als Regierungsstrategie“

Guatemala, 09. Nov. Die Regierung in Guatemala hat eine Strategie implementiert, die das Ziel hat, die legitimen Forderungen der Völker zu kriminalisieren. Dabei nutzt sie geheime Absprache mit transnationalen Unternehmen. Das sagte Francisco Mateo Morales, Mitglied des Rats der Mayavölker (CPO) während eines weltweiten Treffens von Organisationen der Zivilgesellschaft, die die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verteidigen. Das Treffen fand in Nairobi, Kenia statt.

In einem Interview mit Cerigua gab der Repräsentant des Volkes der Popti im CPO an, dass im Jahr 2015 „die aggressive Antwort des Staats gegen die Forderungen der Völker, die seit 2005 für die Verteidigung ihrer Territorien kämpfen“ anhand der hohen Zahl von Strafanzeigen gegen GemeindeanführerInnen sehr deutlich erkennbar war: Dutzende wurden im Gefängnis festgehalten. „Seit 10 Jahren üben wir unser grundlegendes Recht auf Volksabstimmung aus. Mit mehr als 80 Volksabstimmungen teilten wir der Regierung und den Unternehmen mit, dass wir den Bergbau nicht wollen, dass wir dieses Wirtschaftsmodell, was unser Leben bedroht, nicht wollen“. Trotzdem bedauert Morales, sehen zu müssen, dass über die Jahre die Bergbauprojekte einfach weitergingen. Der Abbau von Mineralen und der Bau von Wasserstauwerken werden weiterhin ohne die Zustimmung der direkt betroffenen Gemeinden genehmigt. Laut Mateo Morales hat der Staat auf diese Forderungen nie mit demokratischen Mitteln geantwortet. Die Strategie von Regierung und Unternehmen zielt darauf, „den sozialen Druck abzuschwächen und die Rechte der Gemeinden zu negieren.“ Es ist ein Prozess, in dem zunächst begonnen wurde, die Legitimität der Volksabstimmungen in den indigenen Gemeinden in Frage zu stellen. So habe Präsident Álvaro Colom versucht, den betroffenen Völkern Regelungen für Volksabstimmungen aufzuzwingen, die nie mit diesen abgestimmt wurden und die stattdessen darauf abzielten, die AnführerInnen zu disqualifizieren, die an der Spitze der Proteste gegen die sogenannten Megaprojekte standen.

Während der Regierung von Otto Pérez Molina veränderte sich die Strategie, versichert Mateo Morales. Zu den bisheri-

gen Massnahmen kam hinzu, dass „sich BeamtInnen auf lokaler Ebene in politische Angestellte der Unternehmen verwandelt haben“. Es seien Leute in die Gemeinden gekommen, die bestimmte Personen identifizierten, mutwillig gewalttätige Aktionen durchführten und dann die AnführerInnen dafür vor Gericht stellten. Gleichzeitig werden diese Aktionen verstärkt in den Medien aufgegriffen, mit dem Ziel „die AnführerInnen, die für die Verteidigung der Territorien kämpfen, in der nationalen öffentlichen Meinung als TerroristInnen abzustempeln, als VerbrecherInnen, die man bestrafen und ins Gefängnis werfen müsse“, erklärt der indigene Repräsentant.

„Wir sehen mit grosser Besorgnis, dass die Staatsanwaltschaft, vor allem die Abteilung für Menschenrechte, nicht unabhängig sei, sondern zu Gunsten der Unternehmen handelt. Es werden Prozesse in die Länge gezogen und damit das Recht auf einen angemessenen Prozess verletzt“, beklagt Mateo Morales. „Statt gemäss den internationalen Abkommen über Menschenrechte zu handeln, ist es die Staatsanwaltschaft selbst, die die AnführerInnen anzeigt“. Deshalb verlangt der CPO, dass die MP eine „professionellere, verantwortungsvollere und unparteiische Arbeit macht“. „Wir sind bereit die legalen Prozesse in Guatemala auf uns zu nehmen und waren auch schon bereit dazu. Viele der AnführerInnen, die bereits im Gefängnis sitzen, sind nie geflüchtet, sie blieben hier und haben das Gesetz respektiert, aber die Arbeit der MP liess viel zu wünschen übrig“, versicherte Mateo Morales.

Der CPO ruft angesichts dieser Konflikte und Kriminalisierung die neue Regierung auf, „das Wirtschaftsmodell zu überdenken und einen ernsthaften Dialog mit den unterschiedlichen Organisationen und betroffenen Gemeinden zu beginnen“. „Wir wollen Rechtssubjekte sein und wir verlangen vom Staat, dass er uns nicht weiter wie ein Ärgernis in einem Entwicklungsprozess behandelt!“ (Cerigua)

Norwegische Botschaft verlässt Guatemala

Guatemala, 11. Nov. Der norwegische Botschafter Jan Gerhard Lassen sandte am 3. November kündigte in einem Schreiben an das Aussenministerium die Schliessung der norwegischen Botschaft in Guatemala für das Ende des ersten Semester 2016 an. Der Grund für die Schliessung der diplomatischen Vertretung ist finanzieller Natur. In dem für Aussenpolitik bestimmten Haushalt 2016 werde demnach mehr Geld in die Krise der syrischen MigrantInnen in Europa gehen und dafür weniger in andere Länder. Die Kooperationsprogramme, die noch nicht beendet seien, würden allerdings nicht gestrichen, sondern von der Botschaft bis zum Ende hin begleitet.

Nicht nur in Guatemala wird die Botschaft schliessen, auch in drei afrikanischen Ländern und in Bulgarien. Bisher ist noch nicht bekannt in welchem lateinamerikanischen Land sich die Personen akkreditieren, die die Beziehungen mit Guatemala unterhalten werden. (EP)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6